

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 12. September 2022 / Lundi après-midi, 12 septembre 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**46 2021.RRGR.357 Motion 238-2021 Baumann (Münsingen, EDU)
Versorgungssicherheit im Kanton Bern stärken**

**46 2021.RRGR.357 Motion 238-2021 Baumann (Münsingen, UDF)
Renforcer la sécurité d'approvisionnement dans le canton de Berne**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 46, es ist eine Motion, der Regierungsrat empfiehlt die Ablehnung. Wir führen eine freie Debatte. Die Motionärin, Grossrätin Baumann, hat das Wort.

Katharina Baumann, Münsingen (EDU), Motionärin. Vor bald einem Jahr habe ich diesen Vorstoss erarbeitet. Zugegeben, vieles ist damals noch anders gewesen, aber eine drohende Strommangellage im Fall von einem harten Winter kannte man damals schon, und dass die Energiethematik heute gerade so aktuell sein würde, wusste ich damals nicht. Die ablehnende Haltung des Regierungsrates zu den geforderten Massnahmen hat mich dann aber sehr erstaunt, wenn nicht verwundert. Sollte sich unser Kanton Bern diesen Fragen nicht stellen?

Leider hat sich die öffentliche Schweiz bisher nur wenig und vor allem zu spät mit Versorgungssicherheit beschäftigt. Lange war es still, und Verbände und Organisationen räumen heute Versäumnisse und Verbesserungspotenzial ein, so vermutlich auch der Kanton Bern. Erst letzte Woche hat Regierungsrat Philippe Müller über die Einberufung des «Sonderstab Energiemangel» informiert. Das zeigt, dass eben doch Handlungsbedarf und Handlungsspielraum da ist für den Kanton Bern. Wir müssen uns *zwingend* Gedanken machen. Auch zu den hier geforderten Punkten. Es kann mitdiskutiert, mitverhandelt und mitprägt werden. Es muss. «Eine zeitweise Abschaltung muss mit allen Mitteln verhindert werden.» Zitat Regierungsrat Müller. Was passiert aber dann, wenn doch?

Katastrophen kommen selten angemeldet oder eingeplant. In der kantonalen Kompetenz sind das kantonale Energiegesetz, die Energiestrategie und das kantonale Förderprogramm für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Und richtig, bei einer vorübergehenden, kurzfristigen Strommangellage ist die Swissgrid für die Netzstabilität verantwortlich, im Fall von einer anhaltenden Strommangellage dann, zusammengefasst, die wirtschaftliche Landesversorgung und die Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen (OSTRAL).

Durch seine regionalen, topografischen, geografischen Voraussetzungen gekoppelt mit Grösse, Wirtschaft und Bevölkerungsvielfalt ergibt sich ein komplexes Feld, worin sich der Kanton Bern im Krisenfall orientieren und positionieren muss. Strategisch auf misslichste Umstände vorbereitet sein, abhängig von unbekannten Faktoren und sich eben überstürzenden Faktoren, das ist eine zentrale Verantwortung unseres Kantons. Kurzfristig und längerfristig. Sparmassnahmen, Vollzugsaufnahme, beschränkter Handlungsspielraum, erkannter und optimierter Nutzen – all dies muss diskutiert werden. Längerfristig Massnahmen und Vollzugsaufgaben mit übergeordneten Instanzen aushandeln, Versorgungslücken in der Grundversorgung oder Medizin auffangen, Information und Kommunikation sicherstellen, die kantonseigene Energiequellen, z. B. die Wasserkraft, strategisch nutzen, die Konzessionen halten, die Standortvorteile mit Querungen und Durchleitungsrechten optimal verhandeln und, und, und. Für den Kanton Bern, unter Einbezug des Bundes und der anderen Kantone, darf und kann man dies nicht einfach geschehen lassen. Denn es passiert schlicht und einfach nicht von selbst zu unseren Gunsten. Aktueller denn je organisieren sich Städte wie z. B. Biel oder grössere Firmen, um im Fall einer Strommangellage bestmöglich gewappnet zu sein. Immer in Anerkennung der jeweiligen Kompetenzen und Möglichkeiten.

Ich bin überzeugt, dass wir und der Kanton Bern vor grossen Aufgaben stehen. Ich bin auch überzeugt, dass bereits viele Wichtiges und Gutes gemacht worden ist. Anlässlich der heutigen Mittagsveranstaltung bei der Polizei ist aber eine gewisse Erwartungshaltung für klärende Unterstützung vonseiten des Kantons erwähnt worden. Ein Bedürfnis. Wir stehen am Anfang von Veränderungen, Anpassungsfähigkeit wird uns umfassend fordern. Auch uns alle, ganz persönlich, in der Bereitschaft für eine neue Kompetenz, nämlich die des Sparens und Kürzertretens. Unser gesamtes Sein und Leben ist enorm abhängig von Energie und Strom. Mangel oder Ausfälle haben auch tiefgreifende und ungeahnte Folgen. Ich möchte, dass unser Kanton im Fall der Fälle vorbereitet auftreten kann und mit einer gewissen Gelassenheit agieren kann. Jetzt brauchen wir eben nicht Holz vor dem Haus, sondern hinter dem Haus. All dies zeigt auf, dass die beiden geforderten Punkte nicht abgelehnt werden können. Wegschauen wäre fatal. Ich bitte Sie, die überparteiliche Motion zu stützen, in Grün, in der Farbe der Hoffnung für unseren Kanton. Danke, dass Sie dies tun.

Präsident. Gibt es Mitmotionärinnen oder Mitmotionäre, die reden wollen? – Dies ist nicht der Fall. Dann haben die Fraktionen das Wort, melden Sie sich bitte an. – Für die Grünen hat Grossrat Kohler das Wort.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Fraktionssprecher. Bei Stromdiskussionen kommt man im Moment fast nicht darum herum, die ehemalige CEO der BKW, Suzanne Thoma, zu zitieren, da ihre Zitate aus dem letzten Jahr nicht gut gealtert sind. Das haben wir schon letzte Woche in der Debatte gesehen. Ich möchte hier noch eines bringen, das auch nicht so gut gealtert ist: Sie sagte im Juni 2021, die Stromproduktion sei für die BKW nur noch eine Nebensache. Ich hatte damals das Gefühl, dass das nicht so ist, und wenn ich heute in die Landschaft schaue, sehe ich mich bestätigt. Solange man Strom nicht in Flaschen abfüllen kann, spielt es eben sehr wohl eine Rolle, wo er produziert und wo er verbraucht wird. Das gilt auch für im Kanton Bern produzierten und verbrauchten Strom. Deshalb findet es die grüne Fraktion schon ein bisschen merkwürdig, wenn der Regierungsrat in der Antwort zu diesem Vorstoss den schwarzen Peter möglichst weitergeben will und erklärt, dass die Stromversorgungssicherheit in erster Linie Sache der Energiewirtschaft sei und auf nationaler Ebene geregelt werde. Es ist natürlich richtig, dass die Regelungen zur Stromversorgung auf nationaler Ebene erfolgen. Die heutige Gesetzgebung ist aber alles andere als klar. Das Strommarktdesign, in dem wir uns bewegen, ist ein Schönwettermodell, in dem niemand richtig verantwortlich ist.

Für uns ist deshalb klar, dass auch die Kantonsregierung Verantwortung übernehmen muss, auch wenn ihre Rolle bezüglich Stromversorgung untergeordnet ist. Von uns aus gesehen sollte der Regierungsrat in dieser aussergewöhnlichen Situation mehr machen, ohne auf Panik zu machen. Sparen, wir haben es vorhin gehört: Der Regierungsrat kann dafür schauen, dass im Umfeld des Kantons gespart wird, er kann proaktiv kommunizieren und zum Sparen aufrufen. Er kann aufzeigen, wie die schwersten Auswirkungen der Krise auf die Firmen und die Bevölkerung abgemildert werden können und was man diesbezüglich tun will.

Inzwischen hat der Regierungsrat ja schon reagiert und einen Sonderstab eingesetzt, wie es letzte Woche Regierungsrat Müller hier im Saal erklärt hat. Damit kommt der Regierungsrat Punkt 2 der Motion ja eigentlich schon nach. Aber auch bezüglich des Punktes 1 dieser Motion kann der Regierungsrat mehr machen: Der Kanton Bern besitzt die Mehrheit an einem wesentlichen Player im Strommarkt in der Schweiz, nämlich an der BKW. Auch sie muss ihre Verantwortung gegenüber ihren Kunden wahrnehmen. Die Regierung kann mit der Eigentümerstrategie darauf hinwirken, einen möglichst hohen Grad an unabhängiger Versorgungssicherheit zu erreichen. Das bedeutet nicht, dass der Kanton energieautark werden soll, dies wäre weder vernünftig noch kosteneffizient. Aber, und das haben wir z.B. auch in der Coronakrise gesehen, es ist gefährlich, sich zu stark auf Importe zu verlassen. Deshalb muss man gesamtschweizerisch, aber insbesondere eben auch im Kanton Bern, die Produktionskapazität für erneuerbare Energien rasch erhöhen. Entsprechende Vorstösse sind in der Pipeline, wir sehen, dass es auch immer mehr werden.

Es ist bedauerlich, dass wir in den letzten zwei Jahrzehnten diverse Chancen zum Ausbau von den erneuerbaren Energien verpasst haben. Da müssen wir uns bezüglich der politischen Rahmenbe-

dingungen auch an der eigenen Nase nehmen. Aber auch darauf hinweisen, dass die BKW, wo wir, wie gesagt, Mehrheitseigner sind, in den letzten Jahren im Bereich Stromproduktion praktisch ausschliesslich im Ausland investiert hat, das erweist sich im aktuellen Umfeld offensichtlich als Fehler. Hier müssen wir als Mehrheitseigner Einfluss nehmen. Insgesamt würde die grüne Fraktion den Auftrag an die Regierung etwas breiter fassen, als dies im vorliegenden Vorstoss formuliert ist, und hätte eigentlich lieber ein Postulat im Sinn eines Prüfberichts. Wenn aber nicht gewandelt wird, werden wir selbstverständlich auch eine Motion unterstützen.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Die Antwort der Regierung auf diese Motion scheint der EVP-Fraktion etwas fest aus der Zeit gefallen zu sein: Der Regierungsrat soll beauftragt werden, für den Fall einer Strommangellage eine Notfallstrategie zu erarbeiten und Bewirtschaftungsmassnahmen vorzubereiten, um einen längeren Stromunterbruch bewältigen zu können, und die Regierung lehnt diesen Auftrag ab. Das ist für uns komisch. Der Weg, wie der Kanton Bern einer Strommangellage entgegentreten würde oder wird, hat uns Regierungsrat Philippe Müller am Mittwochmorgen erläutert. Ganz konkrete Massnahmen wie weniger lange duschen, die Heizung tiefer einstellen, einen Pullover mehr anziehen und ähnliche Massnahmen wurden mit etwas längerfristigen und weniger konkreten Massnahmen ergänzt. Diese Erklärung, ich hoffe, Sie verzeihen mir den Ausdruck, hinterliess für mich ein bisschen den Eindruck, als stünde man der Situation etwas ohnmächtig gegenüber.

Der Kanton Bern ist keine Insel, und betreffend Stromversorgung sind wir in das nationale und internationale Netz eingebettet. Die EVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass der Regierungsrat in enger Zusammenarbeit mit dem Bund agieren muss. Dabei muss er aber selbst mitdenken und ergänzende Massnahmen ergreifen. Die Versorgungssicherheit stärken bedeutet aber auch, den elektrischen Energiebedarf insbesondere im Winter senken. Die «Forcierung der Elektrifizierung des Wärmesektors», das ist ein Zitat von Robert Itchner, als er sich im vergangenen Frühling in der Zeitung äusserte, ist angesichts der drohenden Winterstromknappheit etwas, das in die falsche Richtung geht. Wir können nicht alle mit Strom heizen, das geht einfach nicht. Wenn nachher dieser Strom im Winter mit Gas im Ausland hergestellt werden soll, wäre es dann wirklich effizienter, wenn wir einfach die Gasheizungen behalten hätten – die ökologischen Aspekte einmal beiseitegelassen. Der Regierungsrat soll hier steuernd eingreifen und nicht das Problem der Stromknappheit mit Fördergeldern noch vergrössern.

Zusammenfassend ist die EVP-Fraktion der Ansicht, dass die Anliegen der Motionäre berechtigt sind, dass der Regierungsrat bei der Umsetzung aber Handlungsspielraum braucht und dass darum die Überweisung als Postulat der richtige Weg wäre. Wenn es bei einer Motion bleibt, dann stimmt eine knappe Mehrheit für die Motion, die anderen hören im Moment noch der Diskussion zu.

Christine Gerber, Detligen (SVP), Fraktionssprecherin. Die Motionärin hat diesen Vorstoss vorausschauend bereits im November des vergangenen Jahres eingegeben, und zwar mit dem Hinweis, dass allfällige Mängel während einer Krise nicht in kürzester Zeit behoben werden können und die Lieferketten schnell zusammenbrechen können, oder eben vertragliche Abmachungen häufig nicht mehr oder nur noch beschränkt gelten. Mit dieser Motion ist der Nerv der Zeit getroffen worden, das Thema ist in aller Munde, und die Gefahr einer Energiemangellage löst in der Bevölkerung und in der Wirtschaft grosse Unsicherheit aus. Auch der Grossratspräsident hat sich bei der Eröffnung von der Herbstsession besorgt über die drohende Energiemangellage geäussert, und auch der Sicherheitsdirektor, Philippe Müller, hat aufgezeigt, was in Bezug auf eine Strommangellage unternommen wird und auch angedacht ist, das haben wir jetzt schon mehrmals gehört. So sieht man eigentlich die Wichtigkeit dieser Thematik. Auch die SVP-Fraktion ist über die Strommangellage besorgt, und weitere Massnahmen müssen unbedingt angegangen werden. Es ist uns bewusst, dass die Zuständigkeit für die Vorbereitung von Strombewirtschaftungsmassnahmen beim Bund und nicht bei den Kantonen liegt. Das ist auch aus der Antwort des Regierungsrats ersichtlich. Und doch unterstützt die SVP-Fraktion die Motion grossmehrheitlich. Es geht uns alle etwas an.

André Roggli, Rüscheegg Heubach (Die Mitte), Fraktionssprecher. Wir haben es gehört, als der Vorstoss geschrieben wurde, war die Situation noch ein bisschen eine andere gewesen. Und doch hat Grossrätin Baumann vorausschauend dieses Geschäft eingereicht, weil sie gesehen hat, dass es dann vielleicht nochmals anders herauskommen kann. Danke für diese Motion.

Wir wissen, dass es jetzt eine etwas andere Situation ist, die Antwort der Regierung zeigt aber auf, dass sie damals auch noch von einer anderen Ausgangslage ausgegangen ist. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt gut hinschauen. In dieser Situation, wie sie jetzt vor uns, vor der Tür, steht, oder in der wir eben schon mitten drin sind, müssen wir vonseiten des Kantons und auch vonseiten der Regierung der Bevölkerung und den Unternehmerinnen und Unternehmern mehr Sicherheit vermitteln können. Glaubwürdig hat Regierungsrat Müller aufgezeigt, dass die Regierung sich in der aktuellen Lage einstimmen können wird, dass sie den Sonderstab so eingerichtet hat, dass sie bereit ist, die Herausforderungen anzugehen. Aber es geht nicht nur um die jetzt aktuelle Situation, sondern auch um zukünftige Situationen, mit denen wir richtig umgehen können müssen und wo man entsprechend Sicherheit vermitteln können muss.

Wann, wenn nicht jetzt, ist es der richtige Moment, ein solches Anliegen zu unterstützen, ihm das nötige Gewicht zu geben und Ja zu den beiden Ziffern zu sagen? Wir von der Mitte unterstützen diese Motion einstimmig mit einem Ja. Merci, dass Sie sie auch so unterstützen.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Fraktionssprecher. Auch die FDP schliesst sich eigentlich allen Vordnern an. Wir werden den Vorstoss auch als Motion in beiden Punkten unterstützen. Ja, wir wissen auch, dass die Antwort fachlich, rechtlich richtig ist, dass man vielleicht die Zielsetzung, wie sie in dieser Motion formuliert wurde, nicht so umsetzen kann. Aber wir können das nicht ablehnen.

Es ist gesagt worden: Es geht hier auch um Betriebssicherheit, darum, dass die Arbeitgeber und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das wissen. Es ist einfach momentan zu viel Unsicherheit vorhanden, und wenn man das jetzt ablehnt und sagt, ja, als Postulat und so etwas, unverbindlich und alles zusammen, dann werden wir der Verantwortung, die viele Leute in unserem Kanton haben, einfach nicht gerecht. Uns ist es wichtig, dass man hier dranbleibt, neue Konzept und neue Strategien erarbeitet und kommuniziert. Ich weiss auch, dass der Regierungsrat da sehr viel macht, gerade heute Morgen habe ich wieder ein E-Mail erhalten, wo über die Verbände und so kommuniziert wird. Aber die Aufgaben müssen stetig weitergeführt werden. Wir können das nicht ablehnen. Deshalb wird die FDP dieser Motion einstimmig zustimmen.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Fraktionssprecher. Die Haltung der SP ist nicht ganz einfach zusammenzufassen. Wir haben diese Motion ausführlich, aber auch kontrovers diskutiert, und ich muss vorausschicken: Wir verstehen die Sorgen der Motionäre, das sind auch unsere Sorgen. Das Problem der Stromversorgung hat sich schon seit einiger Zeit als eines der grössten Risiken für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Zukunft entpuppt, und das wird inzwischen von allen anerkannt, natürlich auch in unseren Reihen. Auch wir stehen vollständig hinter dieser Analyse, die Frau Baumann mit ihrem Vorstoss gemacht hat, und wir haben als Fraktion ja auch schon einige Vorstösse dazu eingereicht. Beispielsweise, dass man den Einfluss auf die BKW forciert, damit sie in der Schweiz für eine nachhaltige Energieproduktion sorgt, dass man dort mehr pusht, dass man die Solarenergie fördert, insbesondere auf Industriebauten, wo wir grosse Flächen haben, und dass man dies wirklich zwingend vorschreibt, dass man Produktionsanlagen für Wasserstoff baut und, und, und. Das sind alles Massnahmen, meine Damen und Herren, die wirken, aber sie wirken nicht subito. Und hier ist eine Notfallstrategie verlangt, wahrscheinlich bereits für diesen Winter.

Wir sind in der Mehrheit der Meinung, dass der Vorstoss falsch adressiert ist, er müsste an den Bund gerichtet sein. Der Regierungsrat hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Bund in diesem Fall ein koordiniertes Vorgehen zusammen mit den Kantonen entwickeln muss, selbstverständlich zusammen mit den Kantonen und mit der Wirtschaft. Es macht keinen Sinn, wenn jetzt alle Kantone eigene Stromversorgungsstrategien zu entwickeln beginnen. Es braucht ein koordiniertes Vorgehen. Machen wir uns nichts vor: Es ist eine verständliche Forderung, die die Motion stellt, aber die herrschende Aufgabenteilung und auch die Tatsache, dass die Stromversorgung aus technischen Gründen hochgradig mit der Schweiz, in der ganzen Schweiz und mit Europa vernetzt ist,

führt eine Mehrheit von uns dazu zu sagen, es ist Sache des Bundes in Koordination mit dem Kanton.

Der Kanton muss auch handeln, das ist klar. Massgebend ist das Landesversorgungsgesetz, massgebend ist die Organisation, die der Bund hat, die OSTRAL. Selbstverständlich, und ich wiederhole mich hier, der Kanton muss mitmachen. Er muss im Rahmen der Konzepte des Bundes die Massnahmenpläne, die von dort kommen, bei uns umsetzen, er kann im eigenen Einflussbereich noch mehr machen. Er ja hat einen Krisenstab ins Leben gerufen, und wir haben es eigentlich gehört, auch von Regierungsrat Müller; ich gehe davon aus, dass unser Energiedirektor jetzt Ausführungen machen wird, auch von sich aus, als zuständiger Direktor. Der Kanton will handeln, aber eine eigene Notfallstrategie für die Stromversorgung entwerfen, das macht für die grosse Mehrheit unserer Fraktion keinen Sinn; wir sind dazu gar nicht in der Lage.

Wir werden den Vorstoss aus diesem Grund ablehnen. Ich glaube nicht, dass wir materiell eine grosse Differenz haben, aber wir lehnen ihn aus den erwähnten Gründen ab. Wenn man Ziff. 1 in ein Postulat wandelt, sind wir grossmehrheitlich ebenfalls dagegen. Bei Ziff. 2 geht es um Strombewirtschaftungsmassnahmen, da anerkennt eine Mehrheit aus unserer Fraktion wirklich, dass ein gewisser Handlungsspielraum besteht. Er besteht und er muss genutzt werden, in diesem Sinn wären wir dort für ein Postulat.

Präsident. Somit werden wir ziffernweise abstimmen. Für die GLP hat Grossrat von Arx das Wort.

Casimir von Arx, Spiegel b. Bern (GLP), Fraktionssprecher. Es ist schon einiges gesagt worden, ich wiederhole nicht alles. Ja, das ist so, wenn man die Vorstossantwort liest und die Zuständigkeiten anschaut, dann sieht man, dass doch einige Zuständigkeiten, die den Inhalt dieses Vorstosses betreffen, vor allem bei anderen Playern liegen. Aber es gibt natürlich auch Handlungsspielraum für den Kanton, und die Antwort des Regierungsrates ist schon ein bisschen so ausgelegt, dass der Kanton möglichst nicht zuständig ist für das, was in dieser Motion gefordert wird.

Das kann man auch anders anschauen: Bei Punkt 1 ist es z. B. denkbar, dass der Kanton in Ergänzung zu einer Strategie des Bundes eine weitere Strategie macht, ob man diese dann eine «eigene» Strategie nennt, so wie es hier teilweise erwähnt wurde, oder nicht, das sei dahingestellt. Und es wird ja kaum so sein, dass der Regierungsrat zurzeit keinen strategischen Handlungsbedarf für die Notfallplanung bei der Stromversorgung sieht. Bei Punkt 2 beschreibt der Regierungsrat in seiner Antwort selber verschiedene Strombewirtschaftungsmassnahmen oder etwas in der Art. Er ist ja auch daran, warum wird dieser Punkt denn abgelehnt? Das ist für uns nicht ganz klar.

In der Summe kommen wir zu einem ähnlichen Schluss wird die EVP, nämlich, dass für diesen Vorstoss grundsätzlich die Form eines Postulats richtig wäre, damit der Regierungsrat ein wenig mehr Spielraum hätte und damit man den Vorstoss nicht an Einzelheiten aufhängt, wer genau wofür zuständig ist. Es wäre aber symbolisch auch ein bisschen komisch, wenn dieser Vorstoss in Anbetracht der aktuellen Lage jetzt hier abgelehnt werden würde – wohl wissend, dass dieser Vorstoss nicht im Hinblick auf die heutige Lage oder auf den kommenden Winter verfasst worden ist.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU), Fraktionssprecher. Ich will auch nicht alles wiederholen, was schon gesagt wurde. Insbesondere Grossrat Kohler hat sehr viel Richtiges ausgeführt. Der Bund macht vieles, aber er macht nicht alles, und er macht es nicht sofort. Das hat uns die Coronakrise gelehrt. Der Kanton muss bereit sein, um einen nahtlosen Übergang sicherzustellen. Und die Motionärin verlangt ja nicht, dass der Kanton diese Aufgaben wahrnimmt, die beim Bund sind, aber er muss selber für seine Schritte bereit sein, die in seiner Kompetenz liegen, damit er da bereit ist und weiss, was er machen will.

Noch kurz ein Wort, warum kein Postulat: Wir möchten auch keinen Prüfbericht. Wir wollen nicht, dass der Regierungsrat sich jetzt daran macht zu prüfen, was man wie tun könnte. Wir möchten konkrete Schritte, damit er dann effektiv bereit ist. Denn das Problem ist akut. Wir haben nicht Zeit für einen Bericht, der irgendwann, vielleicht in den nächsten zwei Jahren, kommen wird. Darum unterstützt die EDU-Fraktion die Motion einstimmig, und wir bitten Sie, dies auch zu tun.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), intervenant à titre personnel. Je ne cache pas mon étonnement quant à la réponse du gouvernement à cette motion. La situation actuelle nous ordonne d'accepter cette intervention, et pas seulement comme postulat pour encore faire du papier. Non, l'État n'a pas le droit de se débiter et de se défaire de ses responsabilités. C'est d'ailleurs aussi l'État qui doit collecter un certain nombre de données. En réalité, ni l'État, aujourd'hui, ni les BKW, pour ce qui nous occupe ici, ne savent objectivement ce qu'il y a derrière le compteur et ce qui se passe. C'est l'État qui doit éventuellement décider de ce qui est « überlebensnotwendig » et de ce qui ne l'est pas. Bien sûr, le canton n'est pas seul : c'est en collaboration avec la Confédération et les fournisseurs qu'il doit agir. Mais il doit agir, et pas seulement dans un certain temps, mais pour cet hiver.

Martin Lerch, Langenthal (SVP), Einzelsprecher. Ich möchte mich primär zur geforderten Notfallstrategie bei einem länger andauernden Stromausfall äussern. In meinem früheren Leben habe ich als langjähriger Statthalter und als langjähriger Verteidigungsattaché Gelegenheit gehabt, mich mit dieser Thematik in zivilen, militärischen und auch in gemischten Führungsstäben zu befassen. In unserer Botschaft in London hatten wir einen vierjährigen Zyklus zum Thema Resilienz. Dort wurde unter anderem die Cyberattacke, aber auch ein Blackout, ein länger andauernder Stromausfall, mit schweizerischen und britischen Fachleuten aus Thinktanks, Hochschulen, Ministerien und Führungsstäben thematisiert und besprochen. Und man analysierte dies, und ich gebe Ihnen hier gern meine Erkenntnis weiter. Übrigens, wer sich mit dem Thema Blackout näher befassen möchte, dem empfehle ich das gleichnamige Buch von Marc Elsberg.

Was habe ich als Erfahrung mitgenommen? Ein länger dauernder Stromausfall über mehrere Tage im Winter – und ich will nicht den Teufel an die Wand malen –, das ist ein absolutes Horrorszenarium, meine Damen und Herren. Nach kurzer Zeit geht gar nichts mehr: Die Kommunikation bricht zusammen, die Heizungen gehen nicht mehr, die Wasserversorgung bricht zusammen, die Versorgung mit Lebensmitteln funktioniert nicht mehr, der ÖV dito, und auch die Kühe können nicht gemolken werden, falls keine Generatoren vorhanden sind. Die öffentliche Sicherheit bricht nach wenigen Tagen zusammen, es kommt relativ bald zu Plünderungen, und es herrscht bald einmal Faustrecht. Das Beste gegen das Horrorszenario ist selbstverständlich eine möglichst hohe Autonomie im Bereich der Stromversorgung. Das hatte die Schweiz einmal, das haben wir heute leider nicht mehr. Der Kanton kann und muss bei einem Blackout ebenfalls mitwirken, er koordiniert zwischen Bund und Gemeinden, er muss Verbote durchsetzen, er ist für die Innere Sicherheit verantwortlich, und er muss auch die Polizeifunktionen wahrnehmen. Er muss führen, kommunizieren und helfen, die Krise zu überwinden. Wer in dieser Situation nur auf den Bund warten will, muss höchst wahrscheinlich sehr lange warten.

Fazit: Es braucht eine solche Notfallstrategie, gerade für diesen Bereich. Und je mehr Verantwortungsträger sich ernsthaft und auf allen Stufen mit dieser Thematik befassen, desto besser. Ich empfehle Ihnen aus diesen Gründen, aus Überzeugung dieser Motion zuzustimmen.

Präsident. Spricht die Motionärin nach dem Regierungsrat? – Ja. Dann hat der Regierungsrat das Wort.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Danke für die engagierte Debatte. Beim Zuhören ist mir ein Satz des FDP-Fraktionssprechers im Kopf geblieben, er hat eigentlich die Art und Weise, wie die Debatte geführt worden ist, auf den Punkt gebracht. Sinngemäss, Carlos, hast du gesagt: Ja, wir wissen, dass die Antwort der Regierung richtig ist, aber wir müssen als Mitglieder des Parlaments ein Zeichen setzen, dass wir die Sache auch ernst nehmen und wir in der Bevölkerung den Eindruck vermitteln wollen, dass wir uns engagieren und dass wir die Regierung beraten wollen, was sie auch noch machen könnte. Geschätzte Damen und Herren Mitglieder des Grossen Rates, wenn Sie der Erklärung des Sicherheitsdirektors in dieser Session zugehört haben, haben Sie mitbekommen, dass die Regierung das Problem seit Langem erkannt hat, auch die Aktualität und Brisanz dieses Problems erkannt hat, diesen Sonderstab eingesetzt hat, Auftrag erteilt hat und genau das gemacht hat, was in der Forderung der Motion nicht steht.

Noch einmal in aller Deutlichkeit: Die zwei Punkte, und so, wie sie formuliert sind, richten sich an die Bundesebene. Punkt. An niemanden anders. Aber das, was Sie von der Regierung wollen, wie es jetzt in der Debatte beschrieben worden ist, das macht die Regierung längstens. Im Handlungsspielraum der kantonalen Zuständigkeit, mit dem nötigen Weitblick, mit der gebotenen Dringlichkeit auf eine Lage hinarbeiten, die nicht heute oder morgen eintritt, die wir aber im Verlauf dieses Winters kommen sehen, wahrscheinlich im Frühling, wahrscheinlich im März oder April. Das ist die Einschätzung von den Fachleuten. Und wenn diese Situation früher eintritt: Die Regierung hat jetzt und bereits vor längerer Zeit, schon im Sommer, die Schritte eingeleitet, die nötig sind. Wir beschaffen die Informationen, die wir brauchen, diejenigen, die der Bund braucht, stellen wir auch zur Verfügung, wir sind selbstverständlich in engem Kontakt mit den zuständigen Bundesstellen, mit den eigenen Energieversorgungsunternehmen – all das, was jetzt hier aufgezählt worden ist, macht die Regierung längstens, und das ist schlussendlich auch die Aufgabe des Sonderstabs, in einer Triage nachher die Aufträge an die einzelnen Direktionen weiterzugeben. Da kann ich Sie beruhigen. Das machen wir. Aber bitte lassen Sie die Regierung jetzt nicht via Überweisung als Motion Strategien ausarbeiten, wo es keine Strategien braucht. Lassen Sie uns und auch die Verwaltung an den Kernaufgaben arbeiten, die sich aus der gebotenen Dringlichkeit stellen, an diesen Aufgaben, und verschonen Sie uns vor Strategien neben anderen Strategien auch noch.

Was dieser Vorstoss nämlich auch will, und, wenn ich der Begründung zuhöre, hauptsächlich will, ist ein langfristiger Blick auf das Thema Stromversorgungssicherheit. Da brauchen wir keine Notfallstrategie, sondern wir brauchen eine Energiepolitik, die strategisch ausgerichtet ist. Wir brauchen eine Energiepolitik, die in der ganzen Breite die Frage betrachtet: Wie können wir den Zubau von erneuerbaren Energien möglichst schnell vorantreiben im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Gesellschaft und Ökonomie? Das ist im Nachhaltigkeitsdreieck drin: Brauchen wir mehr Wasserkraft? Brauchen wir mehr Solarenergie? Brauchen wir am richtigen Ort – soweit dies möglich ist – Windenergie? Das sind die Fragen, wir brauchen sie nicht in einer Notfallstrategie festzumachen. Sie sind in der Energiestrategie enthalten, dort haben wir als Rechtsgrundlage das Energiegesetz, das Sie vor kurzer Zeit gerade revidiert haben. Hier haben wir Rechtsgrundlagen, wir haben Strategien, und wir haben auch einen Auftrag, nicht nur vonseiten des Parlaments, sondern auch vonseiten der Bevölkerung, über den Klimaschutzartikel, dass wir an solchen Themen arbeiten.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Regierung, die beiden Punkte abzulehnen, und ich bitte Sie auch um das Vertrauen – ich meine, diese Regierung hat während den zwei Jahren mit Covid-19 beweisen, dass sie Krise kann. Wir werden auch die Energieversorgungskrise so managen, wie wir Covid-19 gemanagt haben. Ich bitte Sie auch um ein gewisses Vertrauen, dass die Regierung nicht am Schlafen ist, sondern ihre Aufgaben macht, danke.

Katharina Baumann, Münsingen (EDU), Motionärin. Ja, ich schliesse mich dem Dank für die angeregte Diskussion an. Es ist spannend, zuzuhören und all die verschiedenen Meinungen zu diesem so aktuellen Thema zu hören.

Ich möchte zusammenfassend einfach sagen: Ich habe keine Notfallstrategie für übermorgen verlangt. Meine Motion verlangt keine Autarkie für unseren Kanton. Das ist nicht möglich, und das wollen wir auch nicht. Aber wir möchten, dass unser Kanton alles macht, was im Rahmen seiner Kompetenzen möglich ist. Richtig: Wir wissen seit der letzten Woche, dass so ein Sonderstab eingerichtet worden ist, und ich denke, das ist absolut ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber für eine längerfristige Strategie, die uns helfen soll, solche Notszenarien zu überstehen, genügt nur Energiepolitik nicht. Es ist eine Summe von ganz vielen Anliegen, zu denen ich wie ganz am Anfang meines Votums sagen kann: Es geht eben um und, und, und. Wenn wir den Blick dorthin lenken, dann tun sich nur Themenfelder auf, denen man sich stellen muss. Und ich bin überzeugt, auch wenn wir diese beiden Punkte als Motion überweisen, enge ich überhaupt keinen Spielraum des Regierungsrates ein. Ja, es ist die Kernaufgabe, wir haben es vorhin gehört, das ist die Kernaufgabe des Regierungsrates, und dort habe ich vollstes Vertrauen, dass sie mit der überwiesenen Motion genau die richtigen Schritte macht. Helfen Sie mit, danke vielmals.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über das Traktandum 46. Es ist punktweise Abstimmung verlangt. Es geht immer noch um die Motion. Wer die Ziff. 1 als Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.357: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	122
Nein / Non	16
Enthalten / Abstentions	6

Präsident. Sie haben der Ziff. 1 zugestimmt.

Wir kommen zu Ziff. 2: Wer der Ziff. 2 als Motion zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.357: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	123
Nein / Non	13
Enthalten / Abstentions	8

Präsident. Sie haben auch der Ziff. 2 der Motion zugestimmt.

Bevor wir zum nächsten Geschäft kommen, freut es mich ausserordentlich, bei uns auf der Tribüne Alt-Grossratspräsidentinnen und Alt-Grossratspräsidenten zu begrüßen. Sie besuchen uns jetzt hier im Saal, nachher gibt es einen Apéro und dann ein Nachtessen, für diejenigen, die teilnehmen wollen. Ich denke, da werden sicher alte Erinnerungen aufkommen, schöne Erinnerungen, weniger schöne Erinnerungen, und ich denke, es wird auch genügend Diskussionsstoff geben, um dann beim Apéro ein wenig auszutauschen. Es wäre übrigens auch noch schön – es hätte noch Platz für den einen oder anderen aktiven Grossrat, um unten in der Rathaushalle auch teilzunehmen, um vielleicht an den Gesprächen mitzudiskutieren. Ich wünsche Ihnen einen ganz schönen Aufenthalt hier bei uns, geniessen Sie es, und ich hoffe auch, dass wir das eine oder andere Wort zusammen reden können. (*Applaus / Applaudissements*)